

Medienkonferenz, Montag, 24. August 2009 Zum Projekt «Religionen in Freiheit und Würde»

Pfrn. Magdalena Zimmermann – Leitungsmitglied mission 21

Mission im Umfeld von religiösen Spannungen und Diskriminierungen

«Einander zu vergeben sollte unter den Religionsgemeinschaften zur Hauptaufgabe werden, wenn wir für die Zukunft eine friedliche Welt anstreben. Echte Vergebung aber fordert echte Wahrheit und echte Gerechtigkeit. Nur dann kann wirklicher Friede geschaffen werden¹». Diese Überzeugung äussert Pfarrerin Dr. Margaretha Hendriks-Ririmasse als Mitglied der Protestantischen Kirche der Molukken (Indonesien), eine Kirche mit der mission 21 zusammenarbeitet. Dort haben die gewaltsamen Spannungen zwischen Christinnen und Christen sowie Musliminnen und Muslimen auf beiden Seiten vor einigen Jahren erhebliche Opfer gefordert. Margaretha Hendriks-Ririmasse ist Mitbegründerin einer interreligiösen Friedens- und Versöhnungsinitiative auf den Molukken.

Das Recht, die eigene Religion in Freiheit und Würde zu leben, ist oftmals eingeschränkt. Vorschnelle Antworten, diese Auseinandersetzungen auf einen Konflikt zwischen Religionen zu reduzieren, werden der Komplexität der Spannungen nicht gerecht. mission 21 weiss aufgrund langjähriger Beziehungen zu Partnerkirchen in den Spannungsgebieten Indonesien, Sudan und Nigeria, wie oftmals ökonomische, ethnische und politische Unterschiede religiös aufgeladen sowie instrumentalisiert werden.

Dabei will mission 21 weder einer Schwarz-Weiss-Malerei verfallen, welche die Christinnen und Christen als Opfer und die Menschen anderer Religionen als Täter betrachtet, aber auch nicht verschweigen, dass Christinnen und Christen an manchen Orten diskriminiert und Opfer von Gewalt werden. Zirka 200 Millionen Menschen sind hiervon betroffen.

Bevor ich die diesbezügliche Policy von mission 21 ausführe, gehe ich auf eine Frage ein, die sich aufdrängen könnte.

Hat nicht die Mission selbst wesentlich dazu beigetragen, dass sich religiöse Konflikte erst entzünden konnten? Und ist die Gegenreaktion nicht eine logische Antwort auf das Eindringen fremder Glaubensüberzeugungen?

Diese Frage ist mit Ja und Nein zu beantworten.

Ja! Nehmen wir das Beispiel Poso in Zentralsulawesi. Auslöser der dortigen Gewalt war ein Streit zwischen betrunkenen Jugendlichen im Dezember 1998. Bis Ende 2001 wurden im Rahmen dieses Konfliktes 27 Moscheen und 55 Kirchen zerstört sowie mehr als 7'000 Häuser niedergebrannt. Schätzungsweise 80'000 Menschen, mehr als ein Drittel der Bevölkerung, befand sich auf der Flucht. Neben politischen, ethnischen und ökonomischen Faktoren lässt sich, wenn auch nur am Rande, auch ein Missionsfaktor

¹ Differenzieren um des Friedens willen, Interkulturelle Theologie 2/ 2008, Seite 205

ausmachen. Die Niederländische Mission wollte ab dem späten 19. Jahrhundert die Hochlandvölker in Zentralsulawesi aus der «Steinzeit» holen, sie in den Tälern sesshaft machen und ihnen eine moderne Bildung im calvinistischen Sinne zukommen lassen. Der daraus entstandene ökonomische Erfolg dieser Hochlandvölker isolierte sie aber von den ökonomisch ärmeren muslimischen Küstenvölkern². Spannungen blieben nicht aus. Umso mehr braucht es Initiativen wie die am Eingang geschilderte von Pfrn. Margaretha Hendriks–Ririmasse.

Nein! Nehmen wir das Beispiel der für die Basler Mission tätigen Schweizer Missionarin Anna Wuhrmann in Kamerun. 1925 schreibt sie in aller Schärfe, dass das Verhalten der französischen und englischen Kolonialbehörden gegenüber den Einheimischen nicht tolerabel ist. In Bezug auf die Polygamie, welche sie als kulturelle Gegebenheit sieht, äussert sie gegenüber einem Bruder des Königs, der zwar Christ werden möchte, sich aber nicht von seinen Frauen trennen kann und will und nun nicht weiss, ob er sich taufen lassen soll: «Tue es nicht! Lebe als Christ in deinem Gehöfte, nimm keine neuen Frauen zu denjenigen, die du jetzt hast, und ich glaube, dass wir uns dann doch im Himmel einmal wiedersehen werden, auch wenn du auf dieser Erde nicht getauft worden bist³.» Er blieb mit den Frauen und ohne Taufe.

Friede erfordert echte Wahrheit und Gerechtigkeit. Für mission 21 heisst dies auch, zu der Missionsgeschichte mit ihren Stärken und Schwächen zu stehen, sie kritisch aufzuarbeiten und mit den Partnerkirchen zusammen einen Weg der Versöhnung zu gehen.

Umgang mit religiösen Spannungen und Diskriminierungen

Im Folgenden skizziere ich die Policy von mission 21 in Bezug auf Situationen, in welchen religiöse Konflikte und Diskriminierungen gegen Christinnen und Christen auftreten.

1. Das friedliche Zusammenleben der Religionen in Risikogebieten steht im Fokus unseres Engagements. Darum liegt ein Schwerpunkt der Arbeitsgebiete auf der Befähigung zum muslimisch-christlichen Dialog in Indonesien, Nigeria und Sudan.
2. Die Partnerkirchen, welche als christliche Minderheit in einem Gebiet leben, sollen ermutigt und gestärkt werden, das Evangelium mit seiner Kernbotschaft der Nächsten- und Feindesliebe kontextgemäss in Wort und Tat zu bezeugen sowie den Gläubigen anderer Religionen und Konfessionen mit Achtung und Respekt zu begegnen.
Wo es möglich ist, sollen Projekte über die Religionsgrenzen hinweg gefördert werden.
3. Die Ursachen von «religiösen Konflikten» sollen differenziert wahrgenommen werden. Häufig stehen im Hintergrund solcher als «religiös» etikettierter Konflikte ethnische Spannungen oder Konflikte um wirtschaftliche Macht und Zugang zu natürlichen Ressourcen. Religion oder die Zugehörigkeit zu einer bestimmtenreligiösen Gemeinschaft werden dazu missbraucht, um Konflikte zu schüren und eigene Interessen zu verfolgen. Erst durch eine genaue Analyse werden nachhaltige Konfliktlösungen möglich.

² Indonesien – Information Nr. 2 2002 von Watch Indonesia, Reinhard Schulze - Hönighaus

³ Anna Rein – Wuhrmann, Fumban die Stadt auf dem Schutte, Basler Missionsbuchhandlung GmbH, Basel, 1948, Seite 131

Einsatz für Religionsfreiheit

Die Frage der Religionsfreiheit bleibt ein Spannungsfeld. Nach Artikel 18 der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte hat jeder Mensch das Recht, seine Religion frei auszuüben und zu wechseln. In vielen Gebieten ist aber Religionsfreiheit stark eingeschränkt, und Religionswechsel führen zu Diskriminierungen und zu Gefährdungen an Leib und Leben. Der universale Geltungsanspruch der Menschenrechte wird oft in Frage gestellt und als Teil der europäisch-abendländischen Kultur ohne Anspruch auf Allgemeingültigkeit gesehen. «Menschenrechte sind immer auch Stachel im Fleisch einer Kultur, welcher die eigenen Traditionen und Gewohnheiten angenehm geworden sind⁴» stellt der Völkerrechtler, Prof. W. Kälin, diesem Relativismus ein klares Votum entgegen. mission 21 vertritt den transkulturellen Geltungsanspruch der Menschenrechte und tritt für die Religionsfreiheit von Christinnen und Christen in Ländern, in welchen sie eine Minderheit bilden, wie auch für die Religionsfreiheit von Angehörigen anderer Religionen in der Schweiz ein.

Theologisch begründet sich diese Position aus der Gottesebenbildlichkeit aller Menschen ungeachtet ihrer Ethnie, Kultur, Religion und ihres Geschlechtes.

Der indonesische Gelehrte Muhammad Machasin, Professor für die Geschichte der islamischen Kulturen an der staatlichen islamischen Fakultät in Yogyakarta, Indonesien, drückt es so aus: «In einer Welt, in der Menschen verschiedenen Glaubens und verschiedener Kulturen zusammenleben, ist die Bereitschaft, den vorhandenen Raum gemeinsam zu teilen, von grundlegender Bedeutung. Das Bewusstsein, dass es eine öffentliche Sphäre gibt, in der alle arbeiten und ihre Gefühle und Glaubensüberzeugungen, denen sie friedlich anhängen, ausdrücken können, sollte gestärkt werden».⁵

Dazu will das Projekt «Religion in Freiheit und Würde» beitragen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Pfr. Magdalena Zimmermann

Projektleitung Religion in Freiheit und Würde

Abteilungsleitung Bildung Austausch Forschung

⁴ Walter Kälin, Menschenrechte in der kulturellen Vielfalt in: Stefan Batzli u.a. (Hg.), Menschenbilder, Menschenrechte. Islam und Okzident: Kulturen im Konflikt, Zürich Unionsverlag 1994

⁵ Islamische Friedenstheologie, Interkulturelle Theologie 2 / 2008, Seite 193 / 194